



Den Kauf des Gripen hat das Volk 2014 abgelehnt: Ein Testpilot hält ein Modell des schwedischen Kampffjets. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

Für die Jet-Gegner wird es schwieriger

Die Bürgerlichen treiben den Kauf neuer Kampfflugzeuge voran – und diesmal planen sie, das Geschäft dem Referendum zu entziehen. Die GSoA erwägt eine Volksinitiative.

Fabian Renz

Bern

Ob Guy Parmelin (SVP) dereinst als erfolgreicher Magistrat in die Bundesratslexika eingehen wird, dürfte ganz wesentlich von der Kampfjetfrage abhängen. Sollte es ihm gelingen, Ersatz für die abgehalfterten Tiger- und F/A-18-Flieger zu beschaffen, wird die Erneuerung der militärischen Luftflotte zum parmelinschen Vermächtnis schlechthin. Doch könnte sich auch ein Szenario wie 2014 wiederholen, als das Schweizer Stimmvolk den Kauf neuer Gripen-Flugzeuge verwarf. Dann droht Parmelin als derjenige Bundesrat zu enden, unter dem die Schweizer Luftwaffe endgültig abgewickelt wurde.

Morgen wird man etwas genauer wissen, wie es mit dem heiklen, von Parmelin äusserst vorsichtig angeschobenen Geschäft voraussichtlich weitergeht.

Gleich beide Beratergremien, die der Verteidigungsminister im Frühjahr 2016 zur Betreuung des Dossiers ins Leben rief, werden ihre Berichte präsentieren

– einerseits die mit Leuten aus dem Verteidigungsdepartement bestückte «Expertengruppe», andererseits die «Begleitgruppe», der auch Vertreter von Politik, Wirtschaft und anderen Departementen angehören. Erste Einzelheiten aus den Berichten wurden bereits am Wochenende publik. Sie lassen erahnen, dass man es der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und ihren Verbündeten diesmal weniger leicht machen will als vor drei Jahren.

Über das normale Armeebudget

Leicht hatten es die Jetgegner damals insofern, als ihnen die vom Parlament konstruierte Bezahlmechanik gelegen

kam. Die 3,1 Milliarden Franken für die Gripen-Jets sollten über ein spezielles Fonds-Gesetz bereitgestellt werden – gegen das die Linke erfolgreich das Referendum ergriff. Wie die «NZZ am Sonntag» schreibt, schlägt die von Alt-Ständerat Hans Altherr (FDP, AR) präsierte Begleitgruppe nun offenbar vor, die Neuaufgabe des Geschäfts dem Zugriff des Stimmvolks zu entziehen. Statt über ein Spezialgesetz sollen die neuen Flugzeuge über die normalen Armeebudgets finanziert werden. Dagegen ist kein Referendum möglich.

Dieser Vorschlag liegt ganz auf der Linie von bürgerlichen Sicherheitspolitikern wie Thomas Hurter (SVP, SH) Corina Eichenberger (FDP, AG) oder Ida Glanzmann (CVP, LU). Vor Monaten schon erhob diese Seite die Forderung, das Volk vom Entscheid auszuschliessen. Die Kampfjetfrage sei militärisch-



technischer, nicht politischer Natur - eine Sache für Experten also. An dieser Haltung dürfte sich seither wenig geändert haben. «Wenn eine Finanzierung über die Budgets möglich ist, sollten wir es so machen», sagt Nationalrätin Glanzmann. Den Vorwurf, damit die Demokratie auszuhebeln, lässt Glanzmann nicht gelten. «Ich habe da kein schlechtes Gewissen. Wer keine Kampfjets will, kann ja eine Volksinitiative lancieren.»

Tatsächlich schliesst die GSoA eine Volksinitiative als Plan B nicht aus, wie ein Sprecher sagt. Initiativen sind allerdings deutlich schwieriger zu gewinnen als Referenden. Behördenvorlagen zu bekämpfen, ihre Angriffsflächen auszunutzen, ist einfacher, als das Volk von eigenen Ideen zu überzeugen. Vor allem aber benötigt eine Initiative auch eine Mehrheit von zustimmenden Kantonen

(während bei einem Referendum bereits das Volksmehr den Ausschlag gibt). Insbesondere für linke Initiativen ist das angesichts der zahlreichen kleinen, konservativen Kantone in der Zentral- und Ostschweiz ein Problem. So kam die Initiative gegen den Kauf der F/A-18-Jets anno 1993 zwar auf einen Ja-Anteil von fast 43 Prozent. Sie erhielt jedoch nur 5 von 26 Ständesstimmen.

Die Erfolgsaussichten könnten auch davon abhängen, wie spendierfreudig sich das Parlament zeigt. Laut einem Bericht der «Zentralschweiz am Sonntag» favorisieren Parmelins Experten am ehesten die zweit teuerste von vier evaluierten Varianten: 40 Jets plus Investitionen in die Boden-Luft-Verteidigung, alles in allem 9 Milliarden Franken. Entscheidungen müssen indes Bundesrat und Parlament. Sie zumindest.